

Stand: 08.02.2026 02:44:06

## Vorgangsmappe für die Drucksache 17/18899

### "Zusammenlegung von Asylsozialberatung und Migrationsberatung gut gestalten"

---

#### Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/18899 vom 09.11.2017
2. Plenarprotokoll Nr. 115 vom 09.11.2017
3. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/19309 des SO vom 30.11.2017
4. Beschluss des Plenums 17/19574 vom 07.12.2017
5. Plenarprotokoll Nr. 118 vom 07.12.2017



## Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christine Kamm, Kerstin Celina, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Jürgen Mistol, Gisela Sengl, Ulrich Leiner und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

### Zusammenlegung von Asylsozialberatung und Migrationsberatung gut gestalten

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, bei der geplanten Zusammenlegung von Asylsozial- und Migrationsberatung zu gewährleisten, dass die neuen Fördermodalitäten nicht zu Personalabbau und Versorgungslücken in der Beratungsinfrastruktur führen. Die gewachsene Beratungslandschaft in der Asylsozial- und Migrationsberatung muss erhalten werden. Zur Sicherstellung einer ausreichenden Förderung der geplanten Flüchtlings- und Integrationsberatung muss die neue Beratungs- und Integrationsrichtlinie des Staatsministeriums für Arbeit und Soziales, Familie und Integration rechtzeitig vor ihrem Inkrafttreten zum 01.01.2018 an einigen wichtigen Punkten nachgebessert werden.

Dabei sollten die konstruktiven Vorschläge und Forderungen der Sachverständigen des Fachgesprächs „Reform der Asylsozial- und Migrationsberatung“ berücksichtigt werden.

Es sind insbesondere folgende Punkte zu beachten:

1. Die Sicherstellung eines flächendeckenden und bedarfsorientierten Beratungsangebots insbesondere im ländlichen Raum;
2. Die Freie Wohlfahrtspflege muss – gemäß dem Prinzip der Subsidiarität – der vorrangige Zuwendungsempfänger bei der neuen Flüchtlings- und Integrationsberatung bleiben;
3. Die weitere Berücksichtigung von Assistenz- und Kinderbetreuungskräften bei der Förderung;
4. Die Vorgabe fester Betreuungsschlüssel sowohl für die Asylsozialberatung, wie für die Migrationsberatung;
5. Die Vorgabe eines festen Betreuungsschlüssels insbesondere in den Erstaufnahmeeinrichtungen und Transitzentren;

6. Die Berücksichtigung eines Beratungsbedarfs in den ersten fünf Jahren nach der Einreise als Bemessungsgrundlage für die Verteilung der Fördermittel;
7. Die Erhöhung der maximalen Förderung auf 90 Prozent der zuwendungsfähigen Gesamtausgaben;
8. Freie Träger müssen gleichberechtigte Zuwendungsempfänger bei den Mitteln für die Integrationslossten werden können;
9. Die Pauschale für die Koordinierungs- und Verwaltungskräfte der Träger muss auf maximal 10 Prozent der Zuwendungssumme erhöht werden;
10. Die genaue Definition der Qualifikation der Beratungskräfte und der zur Beratung zugelassenen Berufsgruppen.

### Begründung:

In dem Fachgespräch des Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration zur „Reform der Integrationsberatung“ wurde deutlich, dass es immer noch einen erheblichen Nachbesserungsbedarf bei der neuen Richtlinie zur Förderung der Flüchtlings- und Integrationsberatung gibt. Es besteht die Befürchtung, dass die bisherige flächendeckende Infrastruktur im Bereich der Migrations- und Asylsozialberatung durch die neuen Fördermodalitäten gefährdet wird und dass die gewachsene Beratungslandschaft insbesondere im ländlichen Raum enorm geschwächt werden könnte.

Die Kennzahlen über die Zuwanderung aus dem Ausländerzentralregister sind als Bemessungsgrundlage für die regionale Verteilung der Fördermittel ungeeignet und gewährleisten keine ausreichende Beratungsinfrastruktur. Die Beratungsangebote und die Verteilung der Mittel müssen sich am tatsächlichen Bedarf orientieren. Die Zusammenlegung von Asylsozialberatung und Migrationsberatung darf nicht zu Personalabbau und Versorgungslücken führen.

Damit die Zusammenführung von Asylsozialberatung und Migrationsberatung nicht zu einer Verschlechterung des Beratungsangebots führt, muss die Staatsregierung klare Vorgaben zu dem geplanten Stellenschlüssel für das neue Beratungsangebot machen. Insbesondere für die Erstaufnahmeeinrichtungen und die Transitzentren muss ein verbindlicher Betreuungsschlüssel von 1:100 eingehalten werden. Beim förder-

fähigen Personal müssen wie bisher auch Assistenz- und Kinderbetreuungskräfte explizit berücksichtigt werden.

Damit sich auch kleine und finanzschwache Träger an der Integrations- und Flüchtlingsberatung beteiligen können, muss die maximale Förderung auf 90 Prozent der zuwendungsfähigen Gesamtausgaben erhöht werden. Die Pauschale für die Koordinierungs- und Verwaltungskräfte der Träger ist mit 3 Prozent der Fördersumme viel zu niedrig angesetzt. Sie sollte wie bisher bei der Asylsozialberatung bis zu 10 Prozent der Zuwendungssumme ausmachen können.

Auch die Zuständigkeit für die Beratungsstellen muss eindeutig definiert und nach dem Subsidiaritätsprinzip vorrangig bei der Freien Wohlfahrtspflege verortet werden. Die Förderung im Bereich der Integrationslot-

sen ist bisher exklusiv bei den Landkreisen angesiedelt. Dieser Förderbereich sollte ebenfalls für die Verbände der Freien Wohlfahrtspflege geöffnet werden.

Es fehlen in der neuen Beratungs- und Integrationsrichtlinie klare Vorgaben zur notwendigen Qualifikation der Beratungskräfte und zu den geeigneten Berufsgruppen. Um die Qualität der Beratung sicherzustellen, ist der Einsatz von Fachpersonal erforderlich. Die komplexen Fragestellungen in verschiedenen Rechtsbereichen erfordern ein hohes Fachwissen. Die zur Beratung zugelassenen Berufsgruppen sollten deshalb genauer definiert werden. Bei der Einstellung von Personen mit fachfremden Qualifikationen müssen präzise Vorgaben zur Nachqualifikation des Personals und den erforderlichen Beratungskompetenzen gemacht werden.

BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? – Keine. Enthaltungen? – Das sind die Fraktion der FREIEN WÄHLER und Herr Kollege Felbinger (fraktionslos). Damit ist auch dieser Dringlichkeitsantrag angenommen.

Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 17/18867 mit 17/18871 sowie 17/18899 mit 17/18902 werden in die zuständigen federführenden Ausschüsse verwiesen.

Dann habe ich die Ergebnisse der letzten drei namentlichen Abstimmungen. Das erste war die Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Florian von Brunn, Klaus Adelt und anderer und Fraktion (SPD) betreffend "Dritte Startbahn: Keine Umwandlung in Aktiengesellschaft – kein Wortbruch der Staatsregierung!" auf der Drucksache 17/18865: Mit Ja haben 61 und mit Nein 73 gestimmt, und es gab 1 Stimmenthaltung. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 8)

Nun zum Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den nachgezogenen Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring und anderer und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) betreffend "Keine Umwandlung der Flughafen München GmbH (FMG) in eine Aktiengesellschaft – Keine dritte Startbahn durch die Hintertür" auf der Drucksache 17/18895: 56 Ja-Stimmen, 71 Nein-Stimmen und 1 Stimmenthaltung. Damit ist auch dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 9)

Das Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den nachgezogenen Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Benno Zierer und anderer und Fraktion (FREIE WÄHLER) betreffend "Endgültige Absage an FMG-Umwandlung in Aktiengesellschaft – keine dritte Startbahn auf Umwegen" auf der Drucksache 17/18896: 55 Ja-Stimmen, 74 Nein-Stimmen und 1 Stimmenthaltung. Damit ist auch dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 10)

Wir haben jetzt noch den Tagesordnungspunkt 7. Da wurde auf eine Aussprache verzichtet. Der Tagesordnungspunkt 8 wird im Einvernehmen der Fraktionen heute abgesetzt und auf eine der nächsten Sitzungen verschoben. Zu den Tagesordnungspunkten 9 bis 11 haben wir auch nur noch die Abstimmungen.

Ich rufe also den **Tagesordnungspunkt 7** auf:

**Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Radikalisierungsprozess des OEZ-Amokläufers aufarbeiten ([Drs. 17/17571](#))**

Wie schon erwähnt, verzichtet die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf eine Aussprache. Wir kommen zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport empfiehlt die Ablehnung des Antrags. Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktion der SPD und die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Die Gegenstimmen bitte! – Die CSU-Fraktion. Enthaltungen? – Die Fraktion FREIE WÄHLER und Kollege Felbinger (fraktionslos). Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Wir kommen zu den **Tagesordnungspunkten 9 bis 11**:

**Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Vernünftige Personalplanung für Bayerns Schulen I:  
Einstellungstermine überdenken und Nachwuchskorridore schaffen! ([Drs. 17/17591](#))**

und

**Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Vernünftige Personalplanung für Bayerns Schulen II:  
Befristungsunwesen für Lehrpersonal beenden! ([Drs. 17/17592](#))**

und

**Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Vernünftige Personalplanung für Bayerns Schulen III:  
Freiwillige Aufstockung des Stundendeputats für Teilzeitlehrkräfte auf unbürokratischem Weg ermöglichen ([Drs. 17/17770](#))**

Die Fraktionen sind übereingekommen, auf eine Aussprache zu verzichten. Wir kommen damit gleich zur Abstimmung. Die Fraktionen haben sich weiter darauf verständigt, über die Voten der federführenden Ausschüsse für Bildung und Kultus sowie für Fragen des öffentlichen Dienstes abzustimmen. Die federführenden Ausschüsse empfehlen, die Anträge abzulehnen.



## **Beschlussempfehlung und Bericht**

**des Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und  
Integration**

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze,  
Ludwig Hartmann, Christine Kamm u.a. und  
Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Drs. 17/18899**

**Zusammenlegung von Asylsozialberatung und Migrationsbera-  
tung gut gestalten**

### **I. Beschlussempfehlung:**

Ablehnung

Berichterstatterin: **Christine Kamm**  
Mitberichterstatter: **Thomas Huber**

### **II. Bericht:**

1. Der Dringlichkeitsantrag wurde dem Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Dringlichkeitsantrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 74. Sitzung am 16. November 2017 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:  
CSU: Ablehnung  
SPD: Zustimmung  
FREIE WÄHLER: Zustimmung  
B90/GRÜ: Zustimmung  
Ablehnung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 174. Sitzung am 30. November 2017 mitberaten und mit folgendem Stimmergebnis:  
CSU: Ablehnung  
SPD: Zustimmung  
FREIE WÄHLER: Zustimmung  
B90/GRÜ: Zustimmung  
Ablehnung empfohlen.

**Joachim Unterländer**  
Vorsitzender



## **Beschluss des Bayerischen Landtags**

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christine Kamm, Kerstin Celina, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Jürgen Mistol, Gisela Sengl, Ulrich Leiner und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Drs. 17/18899, 17/19309

**Zusammenlegung von Asylsozialberatung und Migrationsberatung gut gestalten**

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

**Inge Aures**

II. Vizepräsidentin

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Ich rufe **Tagesordnungspunkt 3** auf:

**Abstimmung**

**über Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)**

Von der Abstimmung ausgenommen ist die Nummer 15 der Anlage zur Tagesordnung.

Dies ist der Antrag der Abgeordneten Schulze, Hartmann, Sengl und anderer und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend "Tiergerechte Legehennenhaltung und Eierproduktion in das Siegel Geprüfte Qualität-Bayern verankern" auf Drucksache 17/18493, der auf Wunsch der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN gesondert beraten werden soll. Der Aufruf des eben genannten Antrags erfolgt in einer der Plenarsitzungen in der nächsten Woche.

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD, der FREIEN WÄHLER und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? – Keine. Enthaltungen? – Kollegin Claudia Stamm (fraktionslos). Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

**Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 3)**

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses  
(G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen  
(ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss  
(A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss  
(Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

1. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Erhebung zur Wohnungslosigkeit in Bayern im Winter durchführen  
Drs. 17/16992, 17/19057 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
-----	-----	--------------	-----

<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------

2. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann,

Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Flexibilität belohnen - Hürden für intelligentes Lastmanagement abbauen

Drs. 17/17177, 17/19326 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
-----	-----	--------------	-----

<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------

3. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Markus Ganserer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Straßenbahnförderung im Bayerischen Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz erleichtern  
Drs. 17/17315, 17/19327 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

4. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Dank dem Ehrenamt – Sorgentelefon Ehrenamt  
Drs. 17/17588, 17/19061 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

5. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Markus Ganserer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Besser unterwegs in Bayern I Bayern – ein Land – eine Fahrt – eine Fahrkarte  
Drs. 17/17668, 17/19328 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

6. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Markus Ganserer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Besser unterwegs in Bayern II E-Ticket für den öffentlichen Verkehr  
Drs. 17/17669, 17/19329 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	ohne	<input type="checkbox"/>

**Die Fraktion FREIE WÄHLER hat beantragt, das Votum „Zustimmung“ der Abstimmung zugrunde zu legen**

7. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Markus Ganserer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Besser unterwegs in Bayern III Bayern – ein Land – eine Währung – ein Tarif (Bayern-Tarif)  
Drs. 17/17670, 17/19330 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/>

8. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Markus Ganserer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Besser unterwegs in Bayern IV bayernweit mobil – bayernweit Tarifverbünde  
Drs. 17/17671, 17/19332 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/>

9. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Markus Ganserer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Besser unterwegs in Bayern V Fahrplandaten + Echtzeitdaten  
Drs. 17/17672, 17/19333 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

10. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Markus Ganserer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Besser unterwegs in Bayern VI öffentlicher Verkehr – öffentliche Daten  
Drs. 17/17673, 17/19336 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

11. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl,  
Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Zukunftsstiftung Ehrenamt nachhaltig sichern!  
Drs. 17/17952, 17/19062 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

12. Antrag der Abgeordneten Oliver Jörg, Judith Gerlach,  
Petra Guttenberger u.a. CSU  
Zukunftsstiftung Ehrenamt Bayern  
Drs. 17/18001, 17/19063 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

13. Antrag der Abgeordneten Isabell Zacharias, Klaus Adelt, Horst Arnold u.a. SPD  
Umsetzung der „Ehe für Alle“ sicherstellen!  
Drs. 17/18358, 17/19164 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

14. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl,  
Dr. Karl Vetter u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Faire Berufsausübung für Masseure – angemessene Übergangsfristen  
für die Manuelle Therapie  
Drs. 17/18398, 17/19302 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

15. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Tiergerechte Legehennenhaltung und Eierproduktion in das Siegel  
Geprüfte Qualität-Bayern verankern  
Drs. 17/18493, 17/19314 (A)

**Der Antrag wird gesondert beraten**

16. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Zusammenlegung von Asylsozialberatung und Migrationsberatung nicht im Schnellschussverfahren umsetzen  
Drs. 17/18271, 17/19308 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

17. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Zusammenlegung von Asylsozialberatung und Migrationsberatung gut gestalten  
Drs. 17/18899, 17/19309 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

18. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Geplante Beratungs- und Integrationsrichtlinie zukunftsfähig machen und nachbessern  
Drs. 17/18900, 17/19310 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	ENTH	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>